



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/150 - 3.7.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Zur Berliner Tagung des "Weltfriedensrates"	S. 1
Der schwedisch-sowjetische Konflikt	S. 3
Wirrwarr im BHE-Niedersachsen	S. 4
Erhard und der "Mut, zu konsumieren"	S. 6

## Hilfsdienst des "Weltfriedens"

E.Z. Berlin, 3. Juli

Der Kreml hat vom 1. bis 5. Juli den "Weltfriedensrat" als eines seiner wirkungsvollsten Propagandainstrumente in Ostberlin zusammengerufen, um ihn über die "friedliche Lösung der deutschen Frage" beraten zu lassen. Die wahre Aufgabe dieses Komitees besteht lediglich darin, dem neuen Vorstoss des Kreml in der Deutschlandpolitik Beifall zu klatschen.

Der Zeitpunkt, an dem der Weltfriedensrat zusammentritt, ist durch die Entwicklung bestimmt worden, die der Notenaustausch zwischen der UdSSR und den Westmächten über die Deutschlandfrage genommen hat. Für Moskau kommt es darauf an, angesichts der Bedenken, die sich in Paris und London gegenüber der allzu starren und vorwiegend militärpolitisch orientierten Haltung der Amerikaner seit einiger Zeit abzeichnen, in dieser Richtung nachzustossen. Kein Forum konnte dem Kreml für den Beweis seiner "friedlichen Absichten" geeigneter erscheinen als der "Weltfriedensrat", der im Bewusstsein allzu vieler Menschen in Westeuropa noch immer weitgehend als eine von humanitären Bestrebungen geleitete Organisation gilt. Dieses Prestige, das der "Weltfriedensrat" im Westen teilweise noch besitzt, soll - so widersinnig das zunächst klingen mag - auch dafür eingesetzt werden, die von Moskau gewünschte "deutsche Nationalarmee" politisch salonfähig zu machen,

gegen die gerade in den breiten Bevölkerungskreisen Frankreichs und der Beneluxstaaten schwere Bedenken bestehen. Nicht ohne Absicht war der Krenl seit April 1949, dem ersten Kongress der "Partisanen des Friedens" bemüht, der Weltfriedensbewegung in Westeuropa ein überparteiliches, humanitäres Gesicht zu geben und zu erhalten. So werden auch in Ostberlin als Vertreter der Weltfriedensbewegung nicht Politiker, sondern Schriftsteller, Wissenschaftler und Gelehrte in Erscheinung treten.

Die Ostberliner Tagung des Weltfriedensrates dient aber auch einem anderen Zweck: den Widerstand der Sowjetzonenbevölkerung gegen die "deutsche Nationalarmee" zu schwächen, indem eine Einrichtung wie dieser "Friedensrat" der sowjetischen Politik ausdrücklich ihre friedlichen Absichten und die Notwendigkeit bescheinigt, zu ihrem Schutz eine solche deutsche Nationalarmee aufzustellen.

In der russischen Besatzungszone wird man damit freilich keinen besonderen Erfolg haben, auch nach eigener Pankower Ansicht. Vielmehr verspricht man sich von einer Wirkung der Weltfriedensratbeschlüsse auf diejenigen westdeutschen bürgerlichen Kreise, die im Lager Niemöllers und Wirths stehend, nach kommunistischer Auffassung relativ leicht für eine Stärkung der westdeutschen Freunde Pankows gewonnen werden können.

Die westdeutsche Weltfriedensbewegung, vertreten durch verschiedene Organisationen, wurde in den letzten Monaten immer mehr zum Hätschelkind der Pankower Regierung, für die keine Unterstützungsgelder zu kostspielig waren. Im Gegensatz dazu blieb in der Sowjetzone das "Weltfriedenslager" eine Angelegenheit, die wohlweislich nur bei bestimmten Anlässen, wie z.B. der Unterschriftensammlung für die Ächtung der Atombombe, in Erscheinung treten durfte. So sehr Pankow bemüht war, in Westdeutschland zahlreiche Organisationen der "Friedensfreunde" auf die Beine zu bringen, so sehr war das SED-Politbüro darauf bedacht, in der sowjetischen Zone selbst eine Weltfriedensbewegung nicht allzu auffällig in Erscheinung treten zu lassen.

Moskau kennt seine Spione nicht.

KPK, Stockholm.

In der Aufregung, die der Abschuss der zwei schwedischen Flugzeuge in der Ostsee dieser Tage verursachte, wurde ein wichtiger Schritt der schwedischen Regierung im Auslande viel zu wenig beachtet: die Überreichung einer Note nämlich, in der auf die direkte Teilnahme sowjetischer Konsulats- und Gesandtschaftsbeamten in Diplomatenstellungen an der weitverzweigten gegen Schweden gerichteten Spionagearbeit verwiesen und Versicherung für die Nichtwiederholung solcher Vorkommnisse verlangt wurde. Die schwedische Regierung hatte für die Abfassung der Note nicht nur Verdachtsgründe zur Hand, sondern handfeste Beweise.

Wie umfangreich und gefährlich die Spionearbeit ist, beweist der Prozess gegen die Enbom-Liga, die durchwegs aus Funktionären der kommunistischen Partei besteht und auch <sup>Beziehungen</sup> zu kommunistischen Reichstagsabgeordneten hatte. Es kam nicht nur an den Tag, dass so gut wie alle Geheimnisse um die Festung Boden an die Russen verraten wurden, sondern auch wichtige Einzelheiten über die Küstenverteidigung. Des Weiteren wurde nachgewiesen, dass die Enbom-Liga einen genauen Sabotageplan ausgearbeitet hatte, der darauf ausging, mit Hilfe von 200 in der Festung Boden angestellten kommunistisch gesinnten Zivilarbeiter die Verteidigung der Festung unschädlich zu machen. Für seine Arbeit bekam Enbom von namentlich angegebenen russischen Konsulatsbeamten einen regelrechten Lohn.

Wie reagierten nun die Sowjetrussen auf die Note der schwedischen Regierung? Sie behaupten frank und frei, der ganze Prozess gegen die Enbom-Liga gründe sich auf falsche Beweise und grundlose Beschuldigungen und sei, was die Behauptung über die Spionearbeit russischer diplomatischer Beamter betreffe, nichts anderes als das Werk von Provokateuren. Da sich die Note der schwedischen Regierung auch auf das Material stützt, das während der Enbom-Affäre an den Tag kam, gilt die russische Beschuldigung, es liege eine Provokation vor, der schwedischen Regierung selbst. Von dem Wunsche der schwedischen Regierung, die russische Regierung möge alles tun, um eine Wiederholung der in der Note besprochenen Vorfälle zu vermeiden, nahm das russische Aussenamt nicht einmal Notiz, geschweige denn, dass es eine solche Versicherung abgegeben hätte. Selbst wenn eine solche Versicherung nur formellen Charakter hätte, würde sie doch den primitivsten Forderungen diplomatischer Höflichkeit entsprechen. Eine solche formale Höflichkeit findet die russische Diplomatie Schweden gegen-

über ebensowenig angebracht wie die Vermeidung faustdicker Lügen. Der hitleristische Grundsatz, dass eine Unwahrheit, um zu wirken, grob, ungläublich und just durch seine Ungläublichkeit überwältigend sein müsse, wurde von der sowjet-russischen Diplomatie übernommen und noch durch gewisse Finessen ergänzt: man ist auch in den Kleinigkeiten, je nach Bedarf, überwältigend lügenhaft.

Die schwedische Presse, in der zu einem grossen Teil wegen der Flugzeugabschüsse eine Aktion bei den Vereinten Nationen verlangt wird, ist ziemlich einmütig in der Auffassung, dass die hanebüchene russische Antwort auf die Spionen-Note nur eine Folge haben kann: die nämlich, dass die Zahl der russischen Beamten in Diplomatenstellung und damit die Zahl der Spione eingeschränkt werden und dass die Bewegungsfreiheit der übrigen beschnitten werden müsse. - Trotz seiner Neutralitätspolitik wird Schweden von der Sowjetunion wie ein feindliches Land behandelt. Dies beweist nur, dass auch offensichtliches "Wehlverhalten" auf die Moskauer Imperialisten keinen Eindruck macht.

+ + +

#### Neue Frontbildungen in Niedersachsen

-dt, Hannover

Mit dem BHE-Niedersachsen zu rechnen und das Wort eines BHE-Politikers für das Wort eines Mannes zu nehmen (auch Minister sind davon nicht ausgenommen), hält schwer nach dem, was sich in den letzten Tagen in Hannover abgespielt hat. Immerhin bestätigen diese Ereignisse, was aufmerksamen Beobachtern schon lange klar war: dass die innere Stabilität des BHE mit der Zahl seiner Mitglieder abnimmt. Und der BHE Niedersachsen ist der stärkste Landesverband der Vertriebenenpartei.

Selbstsicher, mit der Miene des Feldherrn, der soeben die Schlacht seines Lebens gewonnen hat, freilich nicht ganz sattelfest in der politischen Diktion, so stellte sich Landesvorsitzender von Kessel, Minister im Kabinett Kopf, der Presse. Er hatte einen Parteitag hinter sich (Neustadt am Rübenberge), bei dem nach seinen Worten das Aufreibendste die Hitze gewesen sei, beiläufig nicht "die Krise im BHE".

"So etwas gibt es gar nicht, wir stehen in voller Geschlossenheit da, alle Hoffnungen auf eine Spaltung des BHE sind zu einem Rohrkrepiere geworden".

Vorsorglich hatte man in Neustadt, wie beim BHE üblich geworden, die Presse nicht zugelassen. Er wundere sich darüber, meinte n a c h h

der Landesvorsitzende, es sei doch alles in schönster Harmonie verlaufen. Aber sicherlich werde man beim nächsten Parteitag...

Nur eines gab Horr von Kessel zu: Mit dem Abg. Schulz stimme es nicht. Dr. Fritz Schulz, rechtsradikales enfant terrible im unausgegorenen BHE, ehemals in Berlin Adjutant des weiland Reichsstudentenführers (jetzt SRP) Krüger, Finanzier des BHE, daher Landtagsabgeordneter und sogar zweiter Landesvorsitzender geworden, Dr. Schulz also wollte von jeher nichts mehr und nichts weniger, als Kessel vom Parteithron zu stossen, sich selbst darauf zu schwingen, die Koalition SPD-BHE aufzulösen und eine rechtsbürgerliche Regierung mit Einschluss seiner Freunde von der SRP zu bilden. Ausser seinen politischen Ambitionen hat Dr. Schulz noch einige private Anlagen, die es Kessel ermöglichten, den Rivalen abzuschliessen.

Schulz holte zum Gegenschlag aus: er sammelte seine Anhänger in der BHE-Fraktion, einige politisch heimatlose "Wilde" und verhandelte mit einigen unsicheren Kantonisten bei anderen Parteien über eine "Waterländische". Sie scheiterte, weil ein Abgeordneter, der einst die Deutsche Rechtspartei führte und heute am rechten Flügel der niedersächsischen FDP balanciert, in der Waterländischen Union selbst "Führer" sein wollte. Und Kessel band in Neustadt seine unsicheren Kantonisten rasch an einen Rütli-Schwur: "...stehen nach wie vor treu zum BHE...", "...sehen im Programm des BHE unser oberstes politisches Gesetz..." - das liess Kessel alle Abgeordnete unterschreiben. Ausser Schulz, der nicht in Neustadt war, weil er aller Parteiämter enthoben ist. Unterschrieben hatte auch der sonst harmlose Abg. Erbacher, in der BHE-Fraktion bisher einzig allein dadurch aufgefallen, dass er konsequent zu Schulz hielt. Aber er unterschrieb und Kessel liess ich nicht lumpen: er zahlte Erbacher mit dem Amt des dritten Landesvorsitzenden. So konnte Kessel mit der ihm eigenen Grandezza vor den erstaunten Journalisten tun, als ob... Erbacher wohnte der Szene bei, er nickte würdevoll.

Eine halbe Stunde später teilte der frisch gewählte dritte Landesvorsitzende Erbacher der Presse mit, dass er seine Unterschrift unter den Rütli-Schwur zurückgezogen habe und mit Schulz, dem ehemaligen SRP-Abgeordneten Kewer und dem DRP-Abgeordneten Schäffer, den "Bund heimat-treuer Deutscher" gegründet habe. Dieses Schreiben an den Landtagspräsidenten unterzeichnete auch der BHE-Abg. Rössler von Wildenhain, aber kaum war das Schreiben im Landtagsbüro eingetroffen, liess Rössler wissen, dass nicht diese Unterschrift, sondern seine Unterschrift unter dem Neustädter Schwur gültig sei; er bleibt also (zunächst noch) beim BHE.

Die Komödie ist damit nicht zu Ende, sie beginnt erst. Denn Schulz pflanzt, weil vier Abgeordnete keine Fraktion bilden können, sein Fähnlein - bei der Niederdeutschen Union (DF plus CDU) als Hospitant auf. Der BHE verliert damit 12 Ausschusssitze an die NU. Der DF-Fraktion aber klang wie Musik in den Ohren, was Dr. Schulz zu seinem Flaggenwechsel sagte: Noch in diesem Jahr werde die grosse antimarxistische nationale Sammlung kommen; eine Auflösung der SRP durch Karlsruhe werde diesen Prozess nur beschleunigen. Also würde die Partei Hellwegs, der im Bundeskabinett für die Auslieferung der SRP an Karlsruhe stimmte, nach Karlsruhe unter Umständen über Dr. Schulz zum Auffangbecken der SRP werden. Damit hätte sich der Kreis geschlossen, das im Vorjahr erfolg-liches abgebrochene Spiel, das Kabinett Kopf zu stürzen, könnte von vorn beginnen. Sofern nicht vernünftige FDP- und CDU-Politiker, die es immer noch in Niedersachsen gibt, einen Strich durch die DF-Schulz-Rechnung machen.

Erhard und der "Mut, zu konsumieren"

(sp) Der Bundeswirtschaftsminister hat auf der Frankfurter Ausstellung "Wirtschaft im Dienste der Hausfrau" nach dpa erklärt, "ein Volk könne sich nicht, wie die Verfechter einer Austerity-Politik glaubten, gesund hungern, sondern nur gesund arbeiten. Nur ein Volk, das den Mut habe, zu konsumieren, werde dann auch die Kraft haben zu arbeiten.

Seltsam: Das englische Volk, den der deutsche Bundesminister geschmackvollerweise auf einem kleinen Gedankenumweg bescheinigt, dass es nicht die Kraft habe, zu arbeiten und in der Aera der letzten beiden Labour-Regierungen nur habe hungern dürfen, hat sich nach nur drei-viertel Jahren konservativer Regierung bei den Gemeindewahlen schon wieder mit grosser Mehrheit für Labour entschieden. Es ist auch unklug, diese Politik der freiwilligen Selbstbeschränkung in einem Lande zu diffamieren, das keine Arbeitslosigkeit, kein Hungern und Frieren kannte. Wenn man nicht in den Ruf kommen will, dass solche Fakten einem mehr oder weniger gleichgültig sind.

Aber ganz offenbar hat Prof. Erhard auch an Deutschland gedacht. Wollte er einem Volke Mangel an Mut zum Konsum vorwerfen, dessen Konsumfreudigkeit durch die Politik der hohen Preise eben dieses Ministers immer mehr eingeschränkt worden ist? Für sieben Millionen Flüchtlinge und für andere Millionen Notleidender ist miserabel oder gar nicht gesorgt worden, während in der gleichen Zeit ein System höchster Verdienstmöglichkeiten für eine kleine Schicht Bevorzugter entwickelt wurde. Hunderte wurden Millionäre - ungleich mehr als in jedem anderen Lande in Europa - weil Millionen darben und hungerten und dazu noch heute gezwungen sind.

Prof. Erhard - niemand kann das ernsthaft bestreiten - betreibt in einem Lande, das wie kein anderes auf sozialem Ausgleich angewiesen ist, eine konsequente Politik der Verschärfung der sozialen Gegensätze. Er wird deshalb ständig von denen angegriffen, die diese Politik ablehnen. Er kümmert sich nicht darum. Aber es ist eine unerhörte Herausforderung besonderer Art, zur wirtschaftlichen Brutalität den Zynismus gegenüber denen hinzuzufügen, die durch seine Politik in ihre grosse Bedrängnis geraten sind.

---

Verantwortlich: Peter Raunau